



Warum Rossmann gegen den neuen Rundfunkbeitrag klagt

Ein Bericht der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ sorgte Mitte Januar für großes mediales Aufsehen. Alle Tageszeitungen berichteten ausführlich, und Kamerateams von RTL und SAT 1 kamen zu Interview-Terminen mit Rossmann-Justiziar Stefan Kappe in die Zentrale. Auslöser der Aufregung: Im FAZ-Artikel war bekannt geworden, dass Rossmann bereits Ende November 2012 beim Bayerischen Verfassungsgerichtshof eine sogenannte „Popularklage“ eingereicht hat. Diese Klageform ist nur im Freistaat Bayern möglich und erlaubte Rossmann schon vor Zustellung der ersten Gebührenbescheide, die Zulässigkeit der neuen Rundfunkbeiträge höchstrichterlicher Klärung zuzuführen. Im Centaur-Interview erklärt Stefan Kappe die Hintergründe der Klage



Rossmann-Justiziar Stefan Kappe hält die neue Rundfunkgebühr für verfassungswidrig

lig. Ich sehe darin einen Verstoß gegen den Verfassungsgrundsatz der Gleichbehandlung. Ferner wird durch unsere Gebührensteigerung von 500 bis 600 Prozent gegen das ebenfalls verfassungsrechtlich verankerte Übermaßgebot verstoßen. Schließlich halte ich den neuen Beitrag für eine Steuer und nicht für einen Beitrag. Das Grundgesetz gibt den Bundesländern aber keine Gesetzgebungskompetenz für eine derartige Steuer. Noch ein Verstoß gegen die Verfassung.

Centaur: Wie schätzen Sie die Chancen vor Gericht ein?

Stefan Kappe: Ich schätze sie als sehr gut ein. Mich ermutigen auch erste Äußerungen der Verwaltungsgerichte, nach denen man die Frage nach der Rechtmäßigkeit des neuen Rundfunkbeitrages an das Bundesverfassungsgericht weiterreichen werde. Eine Vorlage beim BVerfG ist aber nur möglich, wenn die Gerichte eine gesetzliche Regelung für verfassungswidrig halten.

Centaur: Wie hoch sind die Mehrkosten, die Rossmann durch die neue Rundfunkgebühr entstehen?

Stefan Kappe: Ich gehe davon aus, dass Rossmann statt der bisherigen rund 40.000 Euro GEZ-Gebühr pro Jahr künftig Rundfunkabgaben in Höhe von ca. 200.000 Euro aufwenden muss. Konzernweit rechne ich mit 300.000 Euro.

Centaur: Ist es nicht absurd, dass Rossmann für jede Verkaufsstellen eine Rundfunkgebühr entrichten soll, obwohl es dort überhaupt keine Rundfunkgeräte oder internetfähigen Rechner gibt?

Centaur: Warum sind diese Gebühren nach Ihrer Überzeugung nicht rechters?

Stefan Kappe: Rossmann muss nach neuem Recht vor allem deshalb so hohe Abgaben entrichten, weil unsere Mitarbeiter auf 1.754 so genannte „Betriebsstätten“ verteilt sind. Würden alle 26.000 Mitarbeiter in Deutschland unter einem Dach arbeiten, wären nur 3.236,40 Euro fäl-

Stefan Kappe: Genauso absurd ist die Argumentation, Rossmann merke angesichts seiner Umsatzstärke doch überhaupt nichts von der Gebührenerhöhung. Kein Unternehmen kann es sich leisten, Kostensteigerungen von mehreren 100 Prozent hinzunehmen, ohne diese zu hinterfragen. Und wir wollen Kostensteigerungen natürlich auch auf keinen Fall an unsere Kunden weitergeben. ●